Nummer 611

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 31. Dezember 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rongisch, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Aufschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Januar 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rentenmark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Lügen des Generals Morgan.

Der französischen Presse und ihren politischen Auftraggebern ist in ihren krampfhaften Bemühungen, die deutsche Reichswehr als ein den Weltfrieden gefährdendes furchtbares Kriegsinstrument hinzustellen, ein wertvoller Helfer erstanden in dem englischen General Morgan. Die bodenlosen Lügen, die dieser Herr vor einigen Tagen in einer Londoner Wochenschrift veröffentlichte, sind vorgestern durch die ganze deutsche Presse gegangen und es ist nur zu natürlich, daß auch die französische Presse sich des Morganschen Aufsatzes bedient, um sich in ihrer Hetze gegen die Räumung der Kölner Zone abermals zu überschlagen. Der englische General, der sich auf diese Weise in Frankreich schnell populär gemacht hat, hatte bekanntlich, um nur einige seiner irrsinnigen Behauptungen zu wiederholen, erzählt, die Deutschen hätten einen heimlichen Generalstab für 20 Divisionen eingerichtet und es könne ein Munitionsbedarf für die Artillerie von 20 Armeekorps gedeckt werden. Deutschland könne innerhalb eines Jahres nach Auflösung der Kontroll-Kommission die Herstellung von Geschützen und Munition auf das Höchstmaß des Jahres 1918 bringen.

Je handgreiflicher derartige Lügen sind, um so willkommener sind sie der französischen Politik und ihrer Presse. So kann man sich den Jubel erklären, der in Paris herrscht.

Leider ist in dem ersten Londoner, nach Berlin übermittelten Bericht über diese Auslassungen des englischen Generals dieser als „der englische Vertreter in der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission" bezeichnet worden, und man könnte auch vermuten, daß die englische Wochenschrift aus Reklamegründen und um den Lügen noch bessere Resonnanz zu verschaffen, ihrem Mitarbeiter diesen Titel belassen hat, ohne daß „a. D." hinzugefügen. General Morgan hat nämlich seinen Posten als Vertreter Englands in der J. M. K. K., da er durch seine chauvinistische Haltung als solcher in London auf die Nerven fiel, schon vor anderthalb Jahren an den General Bingham abgeben müssen. Seitdem tut sich Herr Morgan wichtig und läßt seiner Verbitterung und seinem Aerger über die Kaltstellung freien Lauf, indem er die Lügen über Deutschland in die Welt setzt. Er verfolgte ursprünglich damit den Zweck, seinen maßvolleren Nachfolger zu schädigen, indem er ihm indirekt Vernachlässigung seiner Pflichten vorwirft. Es ist nötig, diese Zwecklügen des englischen Generals öffentlich anzuprangern.

Wie wir erfahren, wird in den Kreisen der Reichsregierung erwogen, den Behauptungen Morgans in einer öffentlichen Erklärung entgegenzutreten.

Poincarés Kriegsschuld.

Eine Verherrlichung im Herriot-Blatt.

Paris, 30. Dezember.

Augustin Hamon veröffentlicht in der heutigen „Ere Nouvelle" einen Artikel über die Kriegsschuldfrage, in dem er schreibt: Raymond Poincaré ist einer der verantwortlichen Urheber des Weltkrieges. Diese Tatsache steht heute für jeden außer Zweifel, der nicht vom Parteigeist befessen ist. Es liegen genügende Beweise dafür vor, z. B. die Erinnerungen Paléologues, die Memoiren Georges Louis' und des Grafen v. Witte, die offiziellen Dokumente, die die russische Regierung in ihren „Schwarzbüchern" veröffentlicht hat usw. Das sind nach streng wissenschaftlicher Methode zusammengestellte Dokumente. Poincaré bereitete den Krieg vor, er wollte den Krieg, er war also der Mitschuldige von Izwolski, Sasonow, Wilhelm II., den deutschen Junkern und den internationalen Großindustriellen. Der Verfasser fügt dann ironisch hinzu, man müsse die Menschen aber nach ihren Werken und nicht nach ihren Absichten beurteilen. Das Werk Poincarés, der Weltkrieg, sei, wenn man die Folgen, die sich noch entwickeln könnten, fest ins Auge fasse, für die Menschen gut und groß gewesen trotz der ungeheuren Zahl seiner Opfer. „Alle Völker wurden aufgerüttelt. Monarchen stürzten, die kapitalistische Wirtschaft wurde umgestürzt und steht noch mitten in der Umwälzung. Der Geist der Revolte hat sich über die Welt ausgedehnt. Millionen von Menschen haben ihr Recht auf Befreiung erkannt. Das zaristische Rußland ist in eine Sowjetrepublik umgewandelt worden. Das alles ist das Werk Poincarés, ja noch viel mehr, es ist nur ein Teil seines Werkes; denn dank dem Weltkriege ist der Gedanke der Föderation der Völker in einem Völkerbund erstanden, und auch die politische und moralische Weltordnung, ja sogar die wissenschaftliche und industrielle Ordnung hat Fortschritte zu verzeichnen."

Hoesch bei Herriot.

Unterredung über die Rheinlandzone.

Paris, 30. Dezember.

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte heute nachmittag 4 Uhr mit Ministerpräsident Herriot in dessen Krankenzimmer eine Unterredung, die eine Stunde dauerte. Die Besprechung hatte das Problem der Räumung der ersten Rheinlandzone zum Gegenstande.

Der Streit um die Abfassung der Noten.

Die notwendigen Abänderungen.

London, 30. Dezember.

Reuter erfährt bezüglich der von der Botschafterkonferenz entworfenen Note an die deutsche Regierung, es sei möglich, daß eine oder zwei Abänderungen notwendig sein werden und daß die Note daher morgen noch nicht abgesandt werden könne. Indessen sei sicher, daß die Note nur in einer Fassung abgesandt werde, sei es, daß die Botschafterkonferenz die Note namens der Regierungen in ihrer Gesamtheit abschicke oder daß mehrere gleichlautende Noten von den verschiedenen Botschaften überreicht werden. Auf jeden Fall werde die Note mehr oder weniger einen vorläufigen Charakter haben; in einer zweiten Note werde dann die allgemeine Haltung der Alliierten hinsichtlich der Frage der ehrlichen Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland dargelegt werden.

Die Botschafterkonferenz erst heute nachmittag

Paris, 30. Dezember.

Wie Havas berichtet, wird die Botschafterkonferenz morgen vormittag noch nicht zu einer Sitzung zusammentreten, um den Text der Note festzustellen, der hinsichtlich der Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone an die Deutsche Regierung gerichtet werden soll. Die Sitzung wird morgen nachmittag stattfinden, da die englische Delegation bis jetzt noch nicht ihre sämtlichen Instruktionen erhalten hat.

Kein Eingreifen Amerikas.

Erklärungen Hughes an den deutschen Botschafter.

EP London, 30. Dezember.

Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Chronicle" meldet, daß das amerikanische auswärtige Amt offiziell die Nachricht dementiert, wonach die Vereinigten Staaten einen bestimmten Standpunkt in der Frage des Kölner Problems eingenommen hätten. Hughes hat dem deutschen Botschafter erklärt, daß Amerika nicht gedenke, in den gegenwärtigen Konflikt der Alliierten mit Deutschland einzugreifen.

Einspruch des besetzten Gebietes.

Ein Telegramm an die Reichsregierung.

Mtb Köln, 30. Dezember.

Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes hat heute durch Oberbürgermeister Adenauer an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

„Bestimmt auftretende Pressenachrichten zufolge soll die vertragsmäßig auf den 10. Januar 1925 festgelegte Räumung der 1. Zone des besetzten Gebietes bis auf weiteres verschoben werden. Die vertragswidrige Besetzung der 1. Zone über den 10. Januar hinaus würde nicht nur den Interessen des besetzten Gebietes zuwiderlaufen, sondern müßte auch das Vertrauen der betroffenen Bevölkerung auf Recht und Gerechtigkeit auf das Schwerste erschüttern. Die Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes erheben daher nachdrücklich gegen diese Besetzung der 1. Zone über den 10. Januar hinaus Einspruch und bitten die Reichsregierung dringend, mit allen Mitteln dieser vertragsmäßig zustehenden Ansprüche auf rechtzeitige Räumung der 1. Zone zur Geltung zu bringen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtete an Oberbürgermeister Dr Adenauer die Aufforderung, den Stadtverordneten sobald wie möglich Gelegenheit zu geben, in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ihren Einspruch gegen die Verlängerung der Besetzung und die Forderung auf baldige Räumung in die Welt zu rufen.

Neutrale Verurteilung des Gewaltaktes.

Keine militärtechnischen sondern politische Interessen.

Zürich, 30. Dezember.

Die „Neue Züricher Zeitung" schreibt zur Nichträumung der Kölner Zone: Die sonderbare Tatsache, daß der Entschluß zur Nichträumung gefaßt wurde, bevor der offizielle Bericht der Kontrollkommission vorliegt, läßt der Vermutung freie Bahn, daß die militärische Seite des Problems nicht die ausschlaggebende ist, daß vielmehr die deutschen Versäumnisse und Verstöße in der Abrüstungsfrage nur in den Vordergrund gerückt wurden, um für die politische Zwangslage, aus der heraus sowohl Herriot als Chamberlain handeln, eine rechtliche Grundlage zu bieten. Nachdem sich Deutschland mit Frankreich auf einen Termin zur Räumung der Ruhr geeinigt hat, der um einige Monate hinter dem 10. Januar liegt, stellte sich für Deutschland die Frage, ob es überhaupt in seinem Interesse liege, daß die Engländer Köln verließen, da in diesem Falle unter Umständen die Franzosen für die Dauer der Ruhrbesetzung dort einziehen würden. Diese Möglichkeit ist es zweifellos, die England heute in erster Linie dazu bestimmt, vorläufig in Köln zu bleiben. Räumt es Köln, so begibt es sich jedes Druckmittels, um die Räumung der Ruhr zu beschleunigen. Bedenklich an der heutigen Situation ist jedoch der Umstand, daß dieser Handel nicht auf Grund einer gütlichen Vereinbarung mit der deutschen Regierung im Sinne einer realpolitischen Notwendigkeit, sondern auf Grund einer ad hoc konstatierten deutschen Vertragsverletzung im Sinne einer moralischen Bestrafung ausgeführt wird.

Die „Nationalzeitung" schreibt zur Nichträumung der Kölner Zone: Allein mit der französischen Begründung ließe sich auch jede beliebige Verlängerung rechtfertigen, und das wäre freilich sehr bedenklich. Der Bericht der interalliierten Kontrollkommission liegt noch nicht vor. Wenn Herriot nicht gelitzigt wird, darf man hoffen, daß die Angelegenheit schließlich friedlich ausgeglichen wird. Das Grundproblem liegt freilich tiefer: in der

Unstimmigkeit des Versailler Vertrages

mit seiner einseitigen Abrüstung Deutschlands.

Madrid, 30. Dezember.

Zur Frage der Räumung der Kölner Zone schreibt „A.B.C.", der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission habe keine militärischen, sondern lediglich politische Interessen im Auge. Wenn die Alliierten wirklich gewillt wären, Köln am 10. Januar zu räumen, so würden sie es tun, selbst wenn der Bericht noch so viel versteckte Gemeinheiten enthielte.

„Sol", der das gleiche Thema behandelt, stellt die völlige Abrüstung Deutschlands dem Rüstungsstande Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens gegenüber, die alle drei Armeen unterhalten, die mehr als eine Million Mann stärker als die deutsche seien. Das Blatt weist ferner darauf hin, daß das von Chamberlain in Rom und Paris abgegebene Versprechen, wonach die Abrüstungskontrollkommission des Völkerbundes unter dem Vorsitz eines Franzosen stehen solle, sogar in den neutralen Ländern abfällige Kommentare hervorgerufen habe.

Buenos Aires, 29. Dezember.

In einem Leitartikel über die Kölner Frage schreibt das Morgenblatt „Prensa": Bis allen, die eine Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa herbeisehnen, muß die Ankündigung, daß die Räumung der Kölner Zone verschoben werden wird,

ein Gefühl stärksten Unbehagens

hervorrufen. Ein derartiger Beschluß würde dem Grundsatz der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands widersprechen, die die Grundlage des Dawesplanes und des Londoner Abkommens ist. Wir hoffen, daß es sich nicht um eine Hinausschiebung der Räumung auf unbestimmte Zeit handelt und daß man recht bald zu neue Erwägungen kommt. Denn nichts hält Haß und Erbitterung zwischen den Nationen mehr aufrecht als die Besetzung des Gebietes der einen durch Truppen einer anderen.

Frankreich bis an die Zähne bewaffnet — Deutschland unbewaffnet.

Rom, 30. Dezember.

„Giornale d'Italia" schreibt, daß zwar bis heute die Resultate der militärischen Kontrollkommission nicht bekannt seien, daß man aber schon heute mit Sicherheit behaupten könne, daß sie von keiner großen Bedeutung seien und in keiner Weise die schwere Verletzung des Friedens von Versailles durch Nichträumung der Kölner Zone rechtfertigen könnten. Selbst wenn die französischen Blätter mit ihrer Darstellung im Rechte wären, würde die französische Feststellung die große Wahrheit nicht verdunkeln können, daß, während Frankreich bis an die Zähne bewaffnet sei, Deutschland unbewaffnet dastehe und noch auf Jahre hinaus keine Gefahr für seine Nachbarn bilden werde. Durch eine solche Maßnahme hätte die Botschafterkonferenz Deutschland sicherlich die Aufgabe nicht erleichtert, den Dawesplan „auszuführen. Die französischen Militärkreise und die besorgten englischen Industriellen hätten zu dieser Maßregel gedrängt. Selbst die Anklager der deutschen Regierung müßten zugeben, daß die Unterlassungen Deutschlands praktisch von keiner Bedeutung seien. Aber leider werde die Nichterfüllung einer der wichtigsten Klauseln des Versailler Friedens durch die Botschafterkonferenz ihre schädlichen Folgen sowohl für die Ruhe wie für die wirtschaftliche Entwicklung Europas haben.

Japan gegen England und Amerika.

Energische Sprache des Außenministers.

EP Tokio, 30. Dezember.

Außenminister Kato hat ausländischen Journalisten gegenüber erklärt, daß eine Befestigung Singapores von Japan als feindseliger Akt gedeutet werden müßte. Die Abhaltung amerikanischer Flottenmanöver im Stillen Ozean würde als eine Vorbereitung zu einem amerikanischen Angriff auf Japan angesehen werden.

Parlamentsreform?

Von

Professor Dr. Zadow.

In seinen Ausführungen über „Wahlreform" („Berliner Börsen-Zeitung" vom 18. Dezember) bezeichnet Herr August Winnig die Beseitigung der vielen Splitterparteien mit Recht als eine der Hauptforderungen zur Reorganisation des demokratisch-parlamentarischen Systems. Daß solche Forderungen jetzt wie schon seit den Wahlen vom 4. Mai immer nachdrücklicher erhoben werden, hat vor allem darin seinen Grund, daß sich das Schwergewicht der parteipolitischen Zusammensetzung mit steter Progression von den republikanischen Parteien losgelöst und auf die Rechte verteilt hat. Wir haben nun geradezu zwei „Mehrheiten"; denn die beiden äußersten Flügelparteien, Sozialdemokraten und Deutschnationale, zogen die schwächeren, nicht durch einen umfassenden Leitgedanken vereinigten Mittelparteien auf ihre Seite. So ist die Ideologie der Volksgemeinschaft immer illusorischer geworden. Und hier liegt m. E. die Ursache, weshalb eine vereinfachende Umgestaltung unseres Parteiwesens und eine Umänderung unseres Wahlrechts zwecks Gewährleistung einer zuverlässigen Regierungsmehrheit, wie sie auch Winnig fordert, unmöglich oder doch äußerst gefahrvoll ist. Wenn nach dem Vorschlage Winnigs eine dreifache Gruppierung der Parteien überhaupt Berechtigung haben soll, so muß eine gleichmäßige Verteilung gewährleistet sein. Und das scheint bei der augenblicklichen Lage ausgeschlossen: Es gibt keine Mittelparteien mehr, die Deutsche Volkspartei würde nach ihrer letzten Haltung ein Zusammengehen mit Zentrum und Demokraten ablehnen und sich mit den Deutschnationalen verbinden. Damit wäre die ausgleichende Kraft der Mitte zerstört. Hinzukommt, daß die Demokraten und der Wirthsche Flügel des Zentrums durch die Gründung des „Reichsbanners" an die republikanische Linke gebunden sind. Es blieben also letzten Endes nur zwei große Parteigruppen, und das Zentrum müßte sich notwendig spalten, was eine völlige Aufschwung des katholisch-konfessionellen Elementes zur Voraussetzung hätte. Die Entwicklung führt also eher zu dem „Zweiparteiensystem", dem symbolischen Ausdruck unserer innenpolitischen Strömungen. Ist doch unser gesamtes politisches Leben von einer unseelischen Spaltung durchsetzt, die bewußt oder unbewußt von allen gefördert wird. Es ist schwer, diese Gegensätzlichkeit in eindeutig klarer Weise zu charakterisieren; alle Schlagworte, die sie zu kennzeichnen versuchen, sind nicht erschöpfend: Links und Rechts, sozial und reaktionär, Republik und Monarchie, Bürgertum und Sozialdemokraten. Das scheint im „Zweiparteiensystem" allerdings evolutionistisch, ohne gewaltsame Eingriffe herbeizuführen. Trotzdem ist das alte englische Vorbild auf unsere Verhältnisse nicht übertragbar. Es fehlt die gemeinsame demokratische Grundlage; denn es gibt in England keine „Rechtsparteien"; jeder Konservative ist überzeugter Demokrat, und die Rechte des Königs bestehen in einem bloßen, formalen Sanktionierungsvermögen. Die deutschen republikanischen Parteien würden jede Gleichberechtigung der „Rechten" ablehnen, deren Ziel und Glaubensideal der monarchistische Staat ist. Aber noch ein anderes erschwerendes Moment ist zu erwägen: die Sozialdemokratie hat sich aus der historischen Tradition der Klassenkampfidee, des Klassenegoismus noch nicht herauslösen können; es wäre daher in Deutschland nicht möglich, daß eine sozialdemokratische Regierung sich wie in England nicht von sozialistischen Theorien bestimmen ließe. So scheint infolge überscharfer Gestaltung der Gegensätze und erfolgswidriger historischer Gegebenheiten eine Zwei- oder Dreigruppierung unserer Parteien unmöglich. Hinzu kommen noch andere hindernde Umstände, die in der Gesinnung und sozialpolitischen Stellung der einzelnen Parteien begründet liegen. Ueberhaupt sind die meisten Reformvorschläge ihrer theoretischen Anlage nach nicht durchführbar. Es sei hier kurz hingewiesen auf die Bestrebungen, die das Parlament aus einem politischen in ein berufsständisches umwandeln wollen, um an Stelle der politischen Parteien Gruppenvertretungen aus den wichtigsten Berufsständen treten zu lassen. Man glaubt dadurch alle unheilvollen politischen Gegensätze, alles fruchtlose Parteigezänk beseitigen zu können und durch eine Vertretung von sachkundigen Fachleuten eine ernste sachliche Arbeitsgemeinschaft begründet zu sehen. Dabei übersieht man die einfachsten Folgen und verkennt die Schwierigkeit der Verwirklichung: Wonach soll sich die Delegiertenzahl der einzelnen Berufsgruppen richten? Nach ihrer Stärke? Oder nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung? Und woran soll diese gemessen werden? Sind nicht auch innerhalb einzelner Berufsgruppen starke Interessengegensätze vorhanden? Außerdem könnten die meisten zur Entscheidung kommenden Fragen nur nach der Stellungnahme des einzelnen, nicht einer Berufsgruppe entschieden werden. Bei manchen